

# Beantwortung der Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2026 - Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen e.V.

## 1. Wohnungspolitische Rahmenbedingungen und Grundlagen

Frankfurt steht vor großen Herausforderungen: anhaltender Zuzug, gravierender Mangel an bezahlbarem Wohnraum, demografischer Wandel und diverse Wohnbedürfnisse. Gleichzeitig wächst das Interesse an innovativen und gemeinwohlorientierten Wohnformen – doch Planung und Bau folgen häufig traditionellen Mustern. Steigende Baukosten und Zinsen erschweren zudem neue Projektvorhaben.

### 1. Welche Elemente bilden das Leitbild Ihrer Wohnungspolitik?

*Lebendige Städte entstehen dort, wo Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Kultur aufeinander treffen. Städte sind mehr als bloße Wohngebiete – sie sind soziale Räume, in denen Vielfalt gelebt wird. Volt setzt auf eine Stadtplanung, die unterschiedliche Lebensrealitäten berücksichtigt: mit bezahlbarem Wohnraum, guter Nahversorgung, grünen Freiflächen und Orten der Begegnung. So entstehen Stadtteile, die nachhaltig, inklusiv und zukunftsfähig sind – und allen Menschen ein Zuhause in Gemeinschaft bieten. Dabei setzen wir folgende Schwerpunkte:*

- **Soziale Integration:** Förderung von inklusiven Wohn- und Lebensräumen, die verschiedene Bevölkerungsgruppen zusammenbringen.
- **Nachhaltigkeit:** Umweltfreundliche Bauweisen, grüne Infrastruktur und energieeffiziente Lösungen.
- **Wirtschaftliche Stabilität:** Unterstützung lokaler Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Quartier.
- **Bürgerbeteiligung:** Einbindung der Bewohner\*innen in Planungsprozesse, um ihre Bedürfnisse zu berücksichtigen.
- **Mobilität:** Förderung von Fußgängerfreundlichkeit, Fahrradwegen und öffentlichem Nahverkehr.

*Angemessenes und bezahlbares Wohnen ist ein Grundrecht. Ganz besonders in Frankfurt setzen wir uns für eine möglichst flächensparende, barrierefreie, klimaschonende und klimaresiliente Bebauung und die Förderung von gemeinnützigem und sozialem Wohnungsbau ein.*

## 2. Welche Antworten haben Sie für die aktuellen wohnungspolitischen Herausforderungen in Planungs-, Wohnungs- und Bodenpolitik?

*Bauland ist keine Handelsware, sondern soll vor allem dem Allgemeinwohl dienen und sich so weit wie möglich in kommunaler Hand befinden. Volt setzt sich für eine aktive Liegenschaftspolitik ein. Städtische Vorkaufsrechte sichern wir finanziell über einen gestärkten Liegenschaftsfond und gegebenenfalls eine neue kommunale Anleihe. Städtische Grundstücke werden zeitnah und vorzugsweise an öffentliche, gemeinwohlorientierte und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen auf Erbpachtbasis vergeben. Die Versäumnisse der Vergangenheit, bei denen über Vorkaufsrechte erworbene Wohnimmobilien im städtischen Besitz jahrelang leer standen, müssen schnellstmöglich und transparent aufgearbeitet werden.*

*Wir bekennen uns zum Baulandbeschluss und schaffen so dauerhaft geförderten Wohnraum. Die bestehenden Förderprogramme (Förderweg 1 und Förderweg 2, Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum) wollen wir beibehalten und an die zukünftige Preisentwicklung anpassen. Wir setzen auf Nachverdichtung, Dachgeschossausbau und Aufstockung sowie die Umwandlung von dafür geeigneten Büroflächen in Wohnraum. Durch kooperative Baulandmodelle wird sichergestellt, dass sich Investoren und Grundstückseigentümer an der Bereitstellung kommunaler Infrastruktur angemessen beteiligen.*

## 2. Stellschrauben kommunaler Boden- und Wohnungspolitik

### Erbbauzins und Bodenpolitik

Die Stadt versucht mithilfe des Erbbaurechts Wohnraum dauerhaft bezahlbar zu sichern. Ein zentrales Instrument ist dabei die Absenkung des Erbbauzinssatzes für soziale und gemeinwohlorientierte Wohnraumbewirtschaftung. Angesichts der steigenden Bodenrichtwerte ist die Wirkung dieser Senkung allerdings begrenzt.

1. Wie wollen Sie erreichen und sicherstellen, dass der erbbaurechtsbedingte Anteil der Kaltmiete für gemeinwohlorientierte Wohnraumbewirtschaftung dauerhaft bezahlbar bleibt?

*Die beschlossene Reduzierung des Erbpachtzinses führt bei vielen gemeinnützigen Erbpachtnehmenden zu spürbaren Erleichterungen. Wir setzen auf langfristige Erbbaurechtsverträge. 80 Jahre entsprechen zwei Sanierungszyklen. Als verlässliche Grundlage für eine Wertsicherungsklausel sehen wir den Verbraucherpreisindex, der regelmäßig vom Statistischen Bundesamt berechnet und veröffentlicht wird. Dadurch bleibt die Belastung kalkulierbar und unabhängig von spekulativen Bodenpreissteigerungen. Als Alternative zu einer Wertsicherungsklausel mit Bezug auf den Verbraucherpreisindex möchten wir prüfen, inwieweit sich der Erbbauzins an die Ertragskraft des Gebäudes koppeln lässt. Das heißt, nur wenn die Miete steigt, steigt auch der zu zahlende Erbpachtzins.*

2. Welche Schritte planen Sie, um gemeinwohlorientierte Projekte vor weiter steigenden Bodenpreisen zu schützen?

*Gemeinwohlorientierte Projekte lassen sich vor steigenden Bodenpreisen nur schützen, wenn die Stadt den Boden selbst aktiv aus dem Markt nimmt und die Bodennutzung langfristig steuert. Konkret geht es um eine Kombination aus Bodenpolitik (Liegenschaftsfonds, Vergabe nach Konzept) und Vertragsgestaltung (Erbbaurecht, Preisbindung).*

*Wir möchten prüfen, inwieweit es möglich ist, Gruppen mit gewonnenen Konzeptverfahren durch (z. B. Nachjustierung der Förderkonditionen) aktiv zu stabilisieren, um das Projekt zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen und die hohe Vorarbeit der Gruppen nicht zu entwerten.*

*Als Möglichkeiten sehen wir einen ergänzenden Investitionszuschuss für gemeinwohlorientierte Projekte, der an klare Bedingungen (Mietobergrenze, Reinvestitionspflicht, lange Bindungsfristen) geknüpft ist, um die Eigenkapitalbasis gegenüber der Bank zu stärken oder zeitlich befristet einen Erlass oder eine Reduzierung des Erbbauzinses in der Planungs- und Bauphase mit anteiliger Nachzahlung.*

## Konversionsflächen und Neubaugebiete

Mit Blick auf anstehende Konversions- und Entwicklungsgebiete zeigt die Erfahrung: Quartiere „aus einem Guss“ eines einzelnen Investors mit standardisiertem Städtebau werden den vielfältigen Bedarfen nicht gerecht. Zukunftsfähige Planung braucht funktionale und soziale Durchmischung und innovative städtebauliche Konzepte.

3. Welche Anforderungen müssen in kommunale Planungsprozesse aufgenommen werden, damit zukunftsweisende städtebauliche Konzepte in Frankfurt zum Standard werden?

*Damit zukunftsweisende städtebauliche Konzepte in Frankfurt Standard werden, braucht es verbindliche qualitative Anforderungen, aktive Bodenpolitik, strukturierte Vielfalt, echte Beteiligung und den Mut, Planung als lernenden Prozess zu begreifen.*

*Frankfurt hat die Instrumente – entscheidend ist, sie konsequent, integriert und gemeinwohlorientiert einzusetzen.*

*Aus Sicht von Volt sollte Stadtentwicklung sozial nachhaltig, funktional vielfältig und partizipativ sein. Die Zielsetzung muss folgende Grundprinzipien berücksichtigen:*

- Funktionale Mischung als Regelfall
- Soziale Durchmischung als Pflichtziel
- Klimaneutralität und Klimaanpassung
- Resilienz gegenüber wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen
- Gemeinwohlorientierung als gleichrangiges Ziel zur Wirtschaftlichkeit

*Die Details der Anforderungen an den Planungsprozess befinden sich im Anhang.*

## Kulturcampus Bockenheim

Der Campus bietet große Chancen für gemeinwohlorientierte, kulturelle und bildungsbezogene Nutzungen. Der langjährige Leerstand ist angesichts des Wohnraummangels problematisch.

4. Wie wollen Sie die Entwicklung des Kulturcampus innerhalb Ihrer Amtszeit voranbringen?

*Durch die alleinige Entwicklungsverantwortung von Stadt und Land bietet der Kulturcampus Bockenheim einzigartige Voraussetzungen, um städtische Räume sozial-ökologisch umzubauen. Wir werden eine enge Kooperation mit dem Land Hessen, der HfMDK und den verschiedenen Initiativen vorantreiben, um bis 2030 den Baubeginn zu sichern und Leerstände durch Zwischennutzungen zu minimieren.*

5. Welche Perspektiven sehen Sie für die Wohnprojektgruppen, die 2014 im Auswahlverfahren den Zuschlag erhielten?

*Die Planungsgrundlagen aus der Vergangenheit gehören auf den Prüfstand. Um die Wohnprojektgruppen dabei zu unterstützen, sollte die Stadt eine koordinierende Rolle einnehmen.*

6. Wie positionieren Sie sich zu möglichem Erhalt und Nachnutzung bzw. Abriss des Juridicums?

*Die der Stadtverordnetenversammlung vorgelegten Fachgutachten empfehlen sowohl aus ökonomischer als auch aus ökologischer Sicht den Abriss und Neubau. Daher wollen wir, dass das Gebäude abgerissen und durch architektonisch ansprechende und klimaschonende Neubauten, z. B. für „Hochschule für Musik und Darstellende Kunst (HfMDK)“ und Wohngebäude ersetzt werden.*

*Wir begrüßen dennoch das Projekt „Zukunftslabor Juridicum“, bei dem Bürger\*innen und Fachleute darüber sprechen, wie auf dem Kulturcampus Bockenheim bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann. Wir erwarten, dass die teilweise überhitzte Debatte sachlich geführt wird, und dass als Ergebnis eine faktenbasierte Grundlage entsteht, auf deren Basis die Stadt Frankfurt und die ABG Holding entscheiden können, wie mit dem Juridicum weiter verfahren werden soll.*

Neue Stadtviertel: Hilgenfeld, Römerhöfe, Frankfurt-Nordwest u.a.

Neue Quartiere brauchen dauerhaft Gestaltungsspielräume und Beteiligung, damit lebendige Nachbarschaften entstehen.

7. Welche Strategien und Maßnahmen wollen Sie einsetzen, um eine gute Quartiersentwicklung und lebendige Nachbarschaften zu fördern?

*Wir möchten Bürger\*innenbeteiligung zum Planungsstandard machen. Bürger\*innen sollen ihre Ideen aktiv in die Planung neuer Quartiere einbringen. Wir setzen uns ein für Gestaltungssatzungen mit Spielräumen für modulare Bauten, Zwischennutzungen und adaptive Freiräume (z. B. 20–30% variable Nutzflächen), um flexible Anpassungen wie temporäre Gärten oder Pop-up-Stores zu ermöglichen. Zentrale Hubs als multifunktionale Treffpunkte fördern Alltagsbegegnungen. Ein jährliches Quartiersmonitoring mit Bürger\*innenbeteiligung sichert die Lebensqualität und Nutzungsvielfalt langfristig.*

*Unser Ziel ist eine Stadt, in der Nachbarschaften nicht nur nebeneinander, sondern miteinander wachsen – offen, solidarisch und zukunftsorientiert. Deshalb wollen wir das Quartiersmanagement dauerhaft mit ausreichenden Mitteln ausstatten und gezielt Anreize für bürgerschaftliches Engagement schaffen. Wir unterstützen alle Stadtteile bei der Schaffung und Erhaltung von Gemeinschaftsräumen oder Stadtteilbüros. Diese sollen niederschwellige Treffpunkte für Kultur, Bildung, Beratung und Nachbarschaftshilfe sein, angepasst an die Bedürfnisse vor Ort. Wir wollen Räume schaffen, die von allen Generationen genutzt und aktiv bespielt werden können.*

## **Bestandsentwicklung: Leerstand nutzen**

In Frankfurt stehen schätzungsweise rund 13.000 Wohnungen leer. Gleichzeitig entstehen durch neue Arbeitswelten Chancen zur Umnutzung leerer Büroflächen. Neben ordnungsrechtlichen Schritten braucht es kooperative Ansätze im Umgang mit obsoleten Räumen wie z.B. Eigentümerberatung.

8. Werden Sie eine Leerstandssatzung gegen spekulativen Leerstand einführen?

*Wir bekämpfen entschieden spekulativen Leerstand und werden deshalb die Leerstandssatzung nicht nur einführen, sondern auch mit Kontrollen und Bußgeldern konsequent durchsetzen. Bei den immer wieder genannten rund 13.000 leer stehenden Wohnungen fehlen im Moment noch genaue Informationen, wo genau, wie lange und warum diese Wohnungen leer stehen. Genau diese Informationen werden wir mit Hilfe der Leerstandssatzung erheben und werden basierend darauf geeignete Maßnahmen ergreifen, um den spekulativen Leerstand zu reduzieren. Falls der Leerstand nicht spekulativ ist, werden wir den Dialog mit den Eigentümern suchen, wie die Stadt unterstützen kann, um leer stehende Wohnungen wieder in bezahlbaren Wohnraum umzuwandeln.*

9. Wie bewerten Sie neue Regelungen zu Zweckentfremdung und Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen – und welche Strategien wollen Sie verfolgen?

*Die Frankfurter Ferienwohnungssatzung halten wir für richtig und notwendig, um der Verknappung von Wohnraum entgegenzuwirken und setzen uns deshalb für eine konsequente Überwachung der Einhaltung und die Ahndung von Verstößen ein.*

*Volt bedauert und kritisiert den Beschluss der CDU/SPD-Koalition im hessischen Landtag, das Umwandlungsverbot zum 31.12.2025 auslaufen zu lassen. Da zivilgesellschaftliche Initiativen bisher keine Aussicht auf Erfolg erkennen lassen, setzen wir darauf, das Umwandlungsverbot durch unseren Einzug in den nächsten hessischen Landtag mit veränderten Mehrheiten wieder einführen zu können.*

### **Bestandsentwicklung: Kooperationen**

Kooperationen zwischen Wohnungsgesellschaften mit kommunalen Anteilen und selbstorganisierten Gruppen oder Partnerschaften mit Traditionsgenossenschaften eröffnen große Potenziale. Pilotprojekte zeigen, dass solche Modelle erfolgreich funktionieren.

10. Wie wollen Sie qualitätsvolle Kooperationen zwischen Stadt und selbstorganisierten Wohnprojekten stärken?

*Wir wollen die Stadt Frankfurt zu einem verlässlichen und aktiven Partner für selbstorganisierte Wohnprojekte weiterentwickeln, der Beratung, Flächenbereitstellung und Finanzierung wirkungsvoll verzahnt. Die Geschäftsstelle „Konzeptverfahren und innovative Wohnprojekte“ im Amt für Wohnungswesen stellt hierfür einen wichtigen Ansatz dar, dessen Potenziale aber noch nicht ausgeschöpft sind.*

11. Unterstützen Sie solche Pilotprojekte und damit den Zugang zu geeigneten Gebäuden oder Grundstücken?

*Volt unterstützt diese Wohnprojekte. Städtische Grundstücke sollen zeitnah und vorzugsweise an öffentliche, gemeinwohlorientierte und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen auf Erbpachtbasis vergeben werden. Weiterhin wird überprüft, inwiefern Grundstücke kommunaler Wohnungsbaugesellschaften, die sich nicht für größere Bauvorhaben eignen, an gemeinwohlorientierte Projekte vergeben werden können.*

## Konzeptverfahren und Baulandbeschluss

Der Baulandbeschluss 2020 schreibt vor, dass 15 % der Flächen neuer Baugebiete an gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte vergeben werden, damit sie von Beginn an in neuen Quartieren umgesetzt werden. Bisher wurde dies jedoch kaum umgesetzt.

14. Wie bewerten Sie die 15%-Quote des Baulandbeschlusses? Werden Sie dazu beitragen, die Quote konsequent zur Anwendung zu bringen.

*Die Quote schafft Planungssicherheit und fördert soziale Durchmischung. Im Rahmen der Erschließung neuer Wohngebiete wird automatisch bezahlbarer Wohnraum geschaffen. Soweit die Theorie. Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des Baulandbeschlusses ein.*

Konzeptverfahren sind ein zentrales Instrument, um städtische Ziele über inhaltliche Kriterien statt Höchstpreis umzusetzen. Hier liegt in Frankfurt erhebliches Ausbaupotenzial – insbesondere auch bei kleineren Flächen und Bestandsliegenschaften.

15. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Konzeptverfahren zu stärken und auf kleinere Flächen oder leerstehende Bestandsimmobilien auszuweiten? Welche Ressourcen wollen Sie der Verwaltung dafür bereitstellen?

*Wir nehmen die Kritik ernst, dass die Konzeptverfahren einfacher, transparenter, zielgruppengerechter gestaltet werden müssen und von städtischer Seite noch besser begleitet werden müssen. Für kleinere Projekte möchten wir deshalb ein "Konzeptverfahren Light" im Rahmen eines Pilotprojekts prüfen.*

### 3. Generationengerechte Wohnungspolitik

Der Wandel familiärer Strukturen und der Rückgang alltäglicher Unterstützung zwischen Generationen erschwert den Alltag vieler Menschen, vor allem von älteren Menschen, Alleinstehenden, jungen Familien sowie Zugezogenen. Gemeinschaftliche Wohnformen bieten hier starke Lösungen von alltäglicher Kommunikation über gegenseitige Hilfe bis zu stabilen sozialen Netzen.

16. Wie wollen Sie integrative Wohnkonzepte für alle Generationen fördern und mehr generationenübergreifende Wohnprojekte in Frankfurt stärken?

Mit steigenden Zahlen älterer Menschen wächst der Bedarf an unterstützendem Wohnraum. Viele wünschen sich ein selbstbestimmtes Leben in einem vertrauten Umfeld – auch bei Pflegebedarf. Gemeinschaftliche Wohnformen können einen Teil der alltäglichen Unterstützung sichern und den Umzug in kostenintensive, stationäre Pflege hinauszögern.

*Integrative und generationenübergreifende Wohnprojekte gehören aus Sicht von Volt zu Konzepten des gemeinwohlorientierten Wohnens, die förderungswürdig sind. Da solche Wohnprojekte neben einem wohnungspolitischen Zweck auch einen sozialpolitischen Zweck erfüllen, wollen wir Maßnahmen und finanzielle Mittel aus beiden Bereichen gebündelt zum Einsatz bringen.*

17. Welche Rolle sollen selbstorganisierte Wohnformen im Alter spielen, und wie unterstützen Sie entsprechende Modellprojekte?

*Selbstorganisierte Wohn-Pflege-Wohnformen wie bei der Genossenschaft „Gemeinsam ins Alter Schwalmstadt e.G.“ Treysa können eine Lücke zwischen einer klassischen Mietwohnung und einem Pflegeheim schließen. Entsprechende Wohnformen sollten im Planungsprozess von neuen Wohngebieten berücksichtigt werden. Älteren Menschen wird es ermöglicht, so lange wie möglich in einem vertrauten Umfeld zu wohnen (Umzug von einer regulären Wohnung in eine Wohn-Pflege-Einrichtung innerhalb des Wohngebietes).*

18. Planen Sie spezielle Förderprogramme oder Modellprojekte zum Wohnen im Alter, um innovative und selbstorganisierte Wohn-Pflege-Projekte zu unterstützen?

*Volt wird spezielle Förderprogramme prüfen und steht Modellprojekten positiv gegenüber.*

*Für Umzüge aus "unterbelegten" Wohnungen in kleinere Wohnungen möchten wir eine einkommens- und vermögensunabhängige Umzugsprämie implementieren, die auch Renovierungs- und Umzugskosten abdeckt. Diese soll auch für diese Wohnformen Anwendung finden.*

## 4. Klimagerechtes Leben

### Ökologisches Bauen und Wohnen

Klimaschutz erfordert ressourcenschonende Bauweisen und nachhaltige Wohnkonzepte. Gemeinschaftliche Projekte tragen durch geteilte Ressourcen, gemeinsame Nutzung und begrenzte Wohnfläche pro Kopf besonders dazu bei – ohne Verlust an Lebensqualität.

19. Welche klimagerechten Lösungen im Bereich Bauen und Wohnen wollen Sie voranbringen – und wie sollen sie umgesetzt werden?

*Ein wichtiges Thema ist der steigende Wohnflächenverbrauch pro Kopf. Wir unterstützen deshalb das Pilotprojekt zum Wohnungstausch, das den Tausch von Mietwohnungen ohne Mieterhöhungen zum Ziel hat.*

*Energetische Sanierungen und klimafreundlicher Neubau dürfen nicht zu unverhältnismäßigen Kostensteigerungen und Verdrängungen von Bewohner\*innen führen. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit müssen zusammengedacht werden.*

*Wir setzen auf Gebäudebegrünung, Verschattung, helle Oberflächen, bessere Dämmung und moderne, energieeffiziente Kühlung mit erneuerbaren Energien beim klimafreundlichen Umbau öffentlicher Einrichtungen in den jeweiligen Quartieren. Dies gilt insbesondere für sensible Orte wie Schulen, Kitas und Altenpflegeeinrichtungen. Wir wollen, dass Neubauten von Anfang an klimaangepasst geplant und errichtet werden.*

20. Wie stellen Sie sicher, dass energieeffizientes Wohnen für alle Einkommensschichten bezahlbar bleibt?

*Die Stadt Frankfurt fördert energetische Sanierungen mit einem Modernisierungsbonus von 35 %. Dieses Programm hält Volt für geeignet, um Eigentümer\*innen finanziell zu unterstützen und durch die daran geknüpften Bedingungen Mieter\*innen wirksam vor Mietpreisexplosionen zu schützen.*

*Wir setzen uns auch für die Überarbeitung der Milieuschutzsatzungen ein, da diese in ihrer jetzigen Form zeitgemäße Modernisierungen, energetische Sanierungen und die Schaffung von mehr Wohnraum erschweren oder verhindern. Dabei setzen wir auf sozialverträgliche Lösungen, die sowohl für Mieter\*innen als auch für Kleineigentümer\*innen finanziell tragbar sind.*

*Volt setzt sich außerdem dafür ein, mehr Transparenz bei Fernwärmepreisen, deren Zusammensetzung und eine sozialverträgliche Preisgestaltung herzustellen.*

## Klimafreundliche Mobilität im Quartier

Klimafreundliche Mobilität wird oft durch Stellplatzvorgaben erschwert. Gerade gemeinschaftliche Wohnprojekte mit innovativen Mobilitätskonzepten und nachweislich geringem Stellplatzbedarf könnten entlastet werden.

21. Wie wollen Sie klimaschonende Mobilität in Wohnquartieren fördern? Würden Sie eine Anpassung der Stellplatzsatzung zugunsten solcher Projekte unterstützen?

*Volt strebt die Reform der Stellplatzsatzung an, mit dem Ziel, weniger Stellplätze bei Neubauten mit ausreichender ÖPNV-Verfügbarkeit bereitstellen zu müssen. Die erlaubte Entfernung von Parkplätzen bis zur Wohnung sollte auf bis zu 500 Meter ausgeweitet werden. Ausgenommen hiervon sind Parkplätze für behinderte Menschen.*

*Ergänzend fördern wir den Ausbau eines leistungsfähigen Rad-Hauptnetzes. Dieses soll weitgehend vom Autoverkehr getrennt sein und sowohl das Zentrum als auch die Stadtteile und das Umland effizient verbinden, durch Radschnellwege, Fahrradbrücken und -tunnel. Wir setzen uns für Lückenschlüsse mit baulich getrennten und farblich markierten Radspuren ein, die Ausweisung zusätzlicher Fahrradstraßen sowie gezielter Maßnahmen in Umgebung von Schulen und entlang wichtiger Schulwege. Konfliktstellen werden durch bessere Beleuchtung, klare Wegführung und Markierungen entschärft und eine konsequente Ahndung von Verstößen gegen Falschparker\*innen auf Geh- und Radwegen soll sichergestellt werden.*

*Nur mit einem leistungsfähigen ÖPNV kann die Verkehrswende in Frankfurt funktionieren. Das heißt, der ÖPNV muss zuverlässiger und bedarfsgerecht ausgebaut und endlich barrierefrei werden.*

*Damit die Mobilitätswende auch in Frankfurt am Main funktioniert, braucht es eine flächendeckende, effiziente E-Auto-Ladeinfrastruktur. Wir setzen uns dafür ein, den Klimabonus für die Installation von privaten Ladepunkten im Bestand und Neubau beizubehalten. Zusätzlich unterstützen wir die Einrichtung von Ladehubs in Wohngebieten, die von mehreren Hausgemeinschaften gemeinsam genutzt werden können. Wir wollen Unternehmen bei der Errichtung von Ladepunkten durch gezielte Förderungen unterstützen. Die Erweiterung der öffentlichen Ladeinfrastruktur soll durch die Errichtung von Schnellladehubs (DC) an strategischen Verkehrsknoten und dem Bau von AC-Ladepunkten im gesamten Stadtgebiet erfolgen.*

*Carsharing ist für alle da. Deshalb begrüßen wir die Frankfurter Initiative, das Carsharing zukünftig in allen Stadtteilen anzubieten.*

## Klimafreundliche Quartiere

Klimagerechte Quartiere brauchen Grün- und Freiräume, gemeinschaftliche Infrastrukturen und Aufenthaltsqualität zur Förderung von nachhaltigen Lebensstilen. Dies sind Bereiche, in denen gemeinschaftliche Wohnformen häufig Vorreiter sind.

22. Wie wollen Sie klimafreundliche Quartiere gestalten und entsprechende Ansätze künftig in der Stadtentwicklung verankern, die ressourcenschonendes Verhalten begünstigen?

*Wir unterstützen den Grundsatzbeschluss der Stadt Frankfurt zur Klimaneutralität bis spätestens 2035. Wir wollen daher, dass das Frankfurter Förderprogramm "Klima Bonus" für private, genossenschaftliche und gewerbliche Projekte weiterhin gestärkt wird und Verfahren für Einspeisung, Netzanschluss und Genehmigungen vereinfacht werden. Mieter\*innen sollen durch Balkonkraftwerke, "Energy Sharing" oder Mieterstrommodelle direkt profitieren. Zudem wollen wir, dass endlich alle stadteigenen Dächer vollständig mit Photovoltaikanlagen ausgerüstet werden und Frankfurter Bürgerenergiegenossenschaften bei der Gründung und Umsetzung ihrer Projekte unterstützt werden. Wir möchten die Akzeptanz von Grüner Energie fördern, dazu sollen bei der Errichtung von Solarparks oder Windkraftprojekten Bürger\*innen oder die Stadt eine verbindliche Gewinnbeteiligung erhalten.*

*Unsere Vision einer Entsiegelung und Begrünung ist die Umsetzung der sogenannten "3-30-300-Regel". Dies bedeutet, dass mindestens drei Bäume von jedem Ort aus im Blick sind, mindestens 30 % Baumkronenbedeckung im Quartier vorhanden ist und maximal 300 Meter bis zur nächsten Grünfläche zurückzulegen sind. Dafür wollen wir Grünanlagen naturnäher gestalten und Flächen entsiegeln. Supermarktparkplätze und versiegelte Restflächen werden geprüft und nach Möglichkeit begrünt. Innovative Lösungen wie begrünte Netze oder "Miyawaki-Wälder" sollen vermehrt zum Einsatz kommen. Wir setzen auf Gebäudebegrünung, Verschattung, helle Oberflächen, bessere Dämmung und moderne, energieeffiziente Kühlung mit erneuerbaren Energien beim klimafreundlichen Umbau öffentlicher Einrichtungen.*

*Wir setzen weiterhin auf die Nutzung nachhaltiger Wärmequellen. Dazu gehören unter anderem die Geothermie, die Nutzung von Abwärme (Fernwärme) und dezentrale Wärmepumpen.*

*Zu den bereits bestehenden Maßnahmen zur Ressourcenschonung zählt die geplante Zertifizierung als "Zero Waste City", welche unter anderem durch die Förderung von Projekten zur Müllreduzierung durch das "Zero Waste Lab" erreicht werden soll.*

*Als europäisches Best Practice für lebenswerten Raum in den Quartieren der Stadt hat Volt das Konzept "Superblocks" in Frankfurt maßgeblich vorangetrieben. Superblocks zielen darauf ab, den Autoverkehr innerhalb von Quartieren zu reduzieren, indem der Durchgangsverkehr durch bauliche Maßnahmen eingeschränkt und auf den Hauptstraßen um den Superblock herum gebündelt wird. Der Fuß- und Radverkehr bekommt Vorrang. Der gezielte Zugang für Autos und Lieferverkehr in den Superblocks bleibt in reduzierter Geschwindigkeit erhalten. So entstehen sichere, verkehrsberuhigte Bereiche mit mehr Platz für Sitz- und Begegnungsmöglichkeiten sowie Sportflächen und Begrünung. Unser Ziel ist es, diese Superblocks schnellstmöglich umzusetzen.*

## Anhang

### Anforderungen an formelle Planungsinstrumente

Klassische Bebauungspläne sind oft zu statisch, d.h. für Ersthörer\*innen optimiert. Stattdessen muss die Anpassungsfähigkeit über Jahrzehnte gesichert werden.

- Nutzungsmischflächen statt strikter Nutzungsarten
- Vorgaben für aktive Erdgeschosse (Soziales - z.B. KiTa, Nachbarschaftszentren und Quartiersmanagement, Gewerbe, Kultur)
- Flexibilitätsklauseln für Umnutzung über den Lebenszyklus
- Mindestanteile nicht-wohnlicher Nutzungen in Wohnquartieren
- aufzugebende kirchliche Flächen müssen aus dem Gemeinbedarf entlassen werden, um diese der Wohnraumnutzung zugänglich zu machen
- Klimarelevante Anforderungen (Verschattung, Frischluft, Retention)

### Anforderungen an Bodenpolitik und Eigentumsstrukturen

**Es bedarf einer aktiven kommunalen Bodenpolitik**, denn zukunftsfähige Konzepte scheitern oft an der Bodenvergabe.

#### Wir erachten folgendes als notwendig:

- Vorrang kommunaler Bodenvorratspolitik
- Konzeptvergabe statt Höchstpreisvergabe
- Boden im Erbbaurecht für Schlüsselprojekte
- Verpflichtende Beteiligung gemeinwohlorientierter Akteure

#### Parzellierung als Planungsinstrument

Großparzellen begünstigen monotone Quartiere. Wir möchten großmaßstäbliche, einheitliche Bautypologien à la Europaviertel vermeiden.

- Kleinteilige Grundstückszuschnitte
- Mehrere Bauherren pro Quartier, d.h. eine Mischung aus privaten, genossenschaftlichen und kommunalen Trägern

## Anforderungen an Partizipation und Governance

**Frühzeitige, echte Beteiligung ermöglichen.** Partizipation darf nicht erst beim fertigen Bebauungsplan beginnen.

**Wir erachten folgendes als notwendig:**

- Stakeholder identifizieren und ihre Beteiligung bereits bei Zielfindung
- Dialogformate statt reiner Anhörungen
- Rückkopplung schafft Transparenz und Akzeptanz: „Was wurde übernommen – was nicht und warum“

### Dauerhafte Quartiersstrukturen

Zukunftsfähige Quartiere brauchen Governance nach Fertigstellung:

- Quartiersmanagement
- Bewohner- und Akteursgremien
- Gemeinsame Verantwortung für öffentliche Räume

## Anforderungen an Innovation, Klima und Resilienz

**Klima als harte Planungsgröße** - nicht als Zusatz, sondern als Pflicht:

- Schwammstadt-Prinzip
- Hitzeresilienz
- Blau-grüne Infrastruktur
- Energie- und Mobilitätskonzepte auf Quartiersebene

Experimentier- und Lernräume zulassen

Frankfurt sollte gezielt **Planungsexperimente** ermöglichen:

- Reallabore
- Temporäre Nutzungen
- Abweichungen vom Regelwerk mit Evaluationspflicht

## Anforderungen hinsichtlich kulturellem Wandel in der Verwaltung

### Interdisziplinarität als Normalfall

Eine zukunftsfähige Stadt entsteht nicht im Silodenken. Volt setzt sich für folgende Verbesserungen in der Verwaltung ein:

- verzahnte Arbeit von Stadtplanung, Verkehr, Umwelt, Soziales
- Projektbezogene, ämterübergreifende Teams (vergleichbar Matrixorganisation)
- gemeinsame Zieldefinition

### Bewertung von Erfolg neu definieren

Erfolgparameter sind für uns nicht nur quantitativ messbar in

- Quadratmeter
- Investitionsvolumen
- Fertigstellungstermine

sondern definiert sich auch über qualitative Merkmale, wie:

- Soziale Stabilität
- Nutzungsvielfalt
- Anpassungsfähigkeit
- Zufriedenheit der Bewohner